
Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD und CDU; Gründung und Besetzung eines Behindertenbeirates für Ludwigshafen am Rhein nach den Kommunalwahlen 2014

KSD 20135703



Stadtratsfraktion
Ludwigshafen am Rhein



Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse
Rathausplatz 20
67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, 02.09.2013

**Gemeinsamer Antrag zur Stadtratssitzung von SPD und CDU am 23.09.2013
„Gründung und Besetzung eines Behindertenbeirates,“ für Ludwigshafen am Rhein
nach den Kommunalwahlen 2014**

Sehr geehrte Frau Dr. Lohse,

die SPD- und CDU-Fraktionen beantragen:

zur Verwirklichung einer umfassenden Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und zur Wahrnehmung der Interessen der behinderten Einwohnerinnen und Einwohner wird ein Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) für die Stadt Ludwigshafen am Rhein auf der Grundlage der Mustersatzung des Landes Rheinland-Pfalz gebildet.

Dem Beirat sollen Menschen mit Behinderung angehören, sowie Vertreter von Behindertenorganisationen. Einzelheiten müssen in einer Geschäftsordnung oder Satzung durch die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Fraktionen erarbeitet werden.

Dieser Beirat soll sich nach der Kommunalwahl in 2014 bis spätestens 01. September 2014 konstituieren.

Begründung:

Im Zuge der Diskussion um die Inklusion behinderter Menschen, ausgelöst durch die UN-Konvention sollte nicht vergessen werden, dass zu Inklusion und Teilhabe auch die verstärkte Einbindung behinderter Menschen in politische Willensbildungsprozesse gehören muss. Ein erster Schritt hierzu ist die längst überfällige Bildung eines Behindertenbeirates in Ludwigshafen.

Für die SPD und CDU – Fraktion bedeutet die Einrichtung eines Behindertenbeirates ein besseres Vertretungsrecht für Menschen mit Behinderung. Der Beirat könnte die Arbeit der vielen Wohlfahrts- und Sozialverbände verstärkt unterstützen und zusammenfassen. Die Sichtweisen der verschiedenen Behinderungen müssen in den kommunalen Entscheidungsprozessen besser eingebunden werden. Barrierefreiheit im baulichen Sinne, aber auch um Abbau von Barrieren in den Köpfen gegenüber den Anliegen behinderter Menschen zeigt die Spannweite, um die sich ein Beirat zu kümmern haben wird. Mittels eines Beirates wird mehr Partizipation bei kommunalen Prozessen erreicht. Ehrenamtliches Engagement wird gefördert, mehr Transparenz der Entscheidungsprozesse gewährleistet und ein besseres Verständnis für die Belange von Menschen mit Behinderung geweckt.

Auch der demografische Wandel in unserer Gesellschaft wird einen Behindertenbeirat mit Blick auf mindesten drei Aspekten beschäftigen:

Menschen mit Behinderung werden älter.

Pflegende Angehörige von Menschen mit Behinderung sind in der Regel dann auch in einem höheren Lebensalter.

Menschen im weiteren Lebensumfeld werden auch zunehmend ein durchschnittlich höheres Lebensalter haben.

Auf diese Situation müssen wir uns rechtzeitig einstellen und die Weichen dafür stellen. Die Einsetzung eines Behindertenbeirates für unsere Stadt ist der Anfang dazu.

Mit freundlichen Grüßen



Heike Scharfenberger
Fraktionsvorsitzende



Heinrich Jöckel
Fraktionsvorsitzender